



# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein  
15. Dezember 2015

Siebzigste Tagung  
Tagesordnungspunkt 54

## Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 9. Dezember 2015

[*aufgrund des Berichts des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (Vierter Ausschuss) (A/70/496)*]

### **70/85. Tätigkeiten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten**

*Die Generalversammlung,*

*unter Hinweis* auf ihre Resolutionen 194 (III) vom 11. Dezember 1948, 212 (III) vom 19. November 1948, 302 (IV) vom 8. Dezember 1949 und alle späteren diesbezüglichen Resolutionen, namentlich ihre Resolution 69/88 vom 5. Dezember 2014,

*sowie unter Hinweis* auf die entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats,

*nach Behandlung* des Berichts des Generalkommissars des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014<sup>1</sup>,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben des Vorsitzenden des Beirats des Hilfswerks vom 16. Juni 2015 an den Generalkommissar<sup>2</sup>,

*tief besorgt* über die äußerst kritische Finanzlage des Hilfswerks, die zum Teil auf seine strukturelle Unterfinanzierung zurückzuführen ist, sowie über den Anstieg seiner Ausgaben infolge der Verschlechterung der sozioökonomischen und humanitären Bedingungen, der Konflikte und der zunehmenden Instabilität in der Region sowie deren erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Bereitstellung der notwendigen Dienste des Hilfswerks für die Palästinaflüchtlinge, einschließlich seiner Notstands-, Wiederherstellungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramme in allen Einsatzgebieten,

*Kenntnis nehmend* von dem gemäß Ziffer 21 der Resolution 302 (IV) der Generalversammlung vorgelegten und am 4. August 2015 vom Generalsekretär übermittelten Sonderbericht des Generalkommissars über die ernste finanzielle Krise des Hilfswerks<sup>3</sup> und ihre negativen Auswirkungen auf seine Dienste, darunter sein Bildungsprogramm für rund 500.000 palästinensische Flüchtlingskinder in mehr als 685 Schulen und rund 7.000 Jugendliche in 8 Berufsausbildungszentren,

<sup>1</sup> *Official Records of the General Assembly, Seventieth Session, Supplement No. 13 (A/70/13); und ebd., Supplement No. 13A (A/70/13/Add.1).*

<sup>2</sup> *Ebd., Supplement No. 13 (A/70/13), S. 8-10.*

<sup>3</sup> *A/70/272, Anlage.*



*mit dem Ausdruck ihres Dankes* für die Mobilisierung von Gebern und Aufnahme-ländern in Reaktion auf die Finanzkrise und mit dem Ausdruck ihres besonderen Dankes an die Geber, die großzügige Unterstützung geleistet haben, um die Aussetzung des Bildungsprogramms des Hilfswerks abzuwenden, und gleichzeitig in Anerkennung der standhaften Unterstützung durch alle anderen Geber des Hilfswerks,

*mit Lob* für das Hilfswerk für die Maßnahmen, die es zur Bewältigung der Finanzkrise ergriffen hat, einschließlich interner Maßnahmen zur Eindämmung der Kosten,

*betonend*, dass unbedingt eine dauerhafte und berechenbare finanzielle Unterstützung für das Hilfswerk sichergestellt werden muss, eine Säule der Stabilität für die 5,3 Millionen registrierter Palästinaflüchtlinge, unter anderem durch die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen, damit das Hilfswerk seine unverzichtbaren Dienste auch weiterhin ohne Unterbrechung erbringen kann,

*unter Begrüßung* der Unterstützung für das Hilfswerk, die auf der am 26. September 2015 abgehaltenen Ministertagung und auf der am 2. Juni 2015 in New York abgehaltenen Konferenz auf hoher Ebene anlässlich des fünfundsechzigsten Jahrestags der Aufnahme der Tätigkeit des Hilfswerks bekräftigt wurde,

*unter Hinweis* auf die Artikel 100, 104 und 105 der Charta der Vereinten Nationen und das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen<sup>4</sup>,

*sowie unter Hinweis* auf das Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal<sup>5</sup>,

*ferner unter Hinweis* auf ihre Resolutionen 69/133 vom 12. Dezember 2014 über die Sicherheit des humanitären Personals und den Schutz des Personals der Vereinten Nationen und 68/102 vom 13. Dezember 2013 über die verstärkte Koordinierung der humanitären Nothilfe der Vereinten Nationen, in denen unter anderem alle Staaten aufgefordert werden, die Achtung und den Schutz des gesamten humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten, die Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe zu achten und die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen zu achten und deren Achtung zu gewährleisten,

*erneut erklärend*, dass das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten<sup>6</sup> auf das seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Ost-Jeruselems, anwendbar ist,

*im Bewusstsein* der nach wie vor bestehenden Bedürfnisse der Palästinaflüchtlinge in allen Einsatzgebieten, nämlich in der Arabischen Republik Syrien, Jordanien, Libanon und dem besetzten palästinensischen Gebiet,

*eingedenk* der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung<sup>7</sup>, insbesondere des darin enthaltenen Versprechens, dass niemand zurückgelassen wird,

*in ernster Sorge* über die äußerst schwierigen sozioökonomischen Bedingungen der Palästinaflüchtlinge in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jeruselems, insbesondere in den Flüchtlingslagern im Gazastreifen, infolge der wiederhol-

<sup>4</sup> Resolution 22 A (I). Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1980 II S. 941; LGBI. 1993 Nr. 66; öBGBI. Nr. 126/1957; AS 2012 5683.

<sup>5</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1997 II S. 230; LGBI. 2001 Nr. 4; öBGBI. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

<sup>6</sup> Ebd., Vol. 75, Nr. 973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 781, 917; LGBI. 1989 Nr. 21; öBGBI. Nr. 155/1953; AS 1951 300.

<sup>7</sup> Resolution 70/1.

ten Militäroperationen, der weiter anhaltenden israelischen Abriegelungen, des Baus von Siedlungen und der Mauer sowie der gravierenden Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit und der Bewegungsfreiheit, die einer Blockade gleichkommen, wodurch sich die Arbeitslosen- und Armutsquote unter den Flüchtlingen erhöht hat, mit potenziell dauerhaften und langfristig negativen Folgen, und gleichzeitig Kenntnis nehmend von den Entwicklungen der Lage im Hinblick auf den Zugang dorthin,

*unter Missbilligung* des Konflikts im Gazastreifen und seiner Umgebung im Juli und August 2014, der Tatsache, dass er Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte, einschließlich der Tötung und Verletzung Tausender palästinensischer Zivilpersonen, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen, sowie der ausgedehnten Zerstörungen oder Schäden an Tausenden Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur, darunter Schulen, Krankenhäuser, Wasser- und Sanitärversorgungs- und Stromnetze, wirtschaftliche, industrielle und landwirtschaftliche Sachwerte, öffentliche Institutionen, religiöse Stätten und Schulen und Einrichtungen der Vereinten Nationen, und der Binnenvertreibung Hunderttausender Zivilpersonen sowie jedes diesbezüglichen Verstoßes gegen das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsnormen,

*sowie unter Missbilligung* der Angriffe auf Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich Schulen des Hilfswerks, in denen vertriebene Zivilpersonen beherbergt wurden, und aller anderen Verstöße gegen die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen während des Konflikts im Gazastreifen im Juli und August 2014, wie in der vom Generalsekretär erstellten Zusammenfassung des Berichts der Untersuchungskommission<sup>8</sup> und im Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission nach Resolution S-21/1 des Menschenrechtsrats<sup>9</sup> dargelegt, und betonend, dass die Rechenschaftspflicht zwingend gewährleistet werden muss,

*ernsthaft besorgt* über die anhaltenden negativen Auswirkungen der Militäroperationen im Gazastreifen von Dezember 2008 bis Januar 2009 sowie im November 2012 auf die humanitäre und sozioökonomische Lage der Palästinaflüchtlinge im Gazastreifen,

*in Würdigung* der außerordentlichen Anstrengungen, die das Hilfswerk unternahm, um während der Militäroperationen im Juli und August 2014 Unterkünfte, Nothilfe, medizinische Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und sonstige humanitäre Hilfe bereitzustellen,

*in der Erkenntnis*, dass alle Aspekte des von den Vereinten Nationen im September 2014 vermittelten vorübergehenden Dreiparteien-Übereinkommens rasch durchgeführt werden müssen, und betonend, dass dringend alle von Israel über den Gazastreifen verhängten Abriegelungen und Einschränkungen aufgehoben und die zerstörten Wohnhäuser und Infrastrukturen wiederaufgebaut werden müssen,

in dieser Hinsicht *unter Hinweis* auf ihre Resolution ES-10/18 vom 16. Januar 2009 und die Resolution 1860 (2009) des Sicherheitsrats vom 8. Januar 2009,

*mit der Aufforderung* an Israel, zu gewährleisten, dass wesentliche Baumaterialien ungehindert in den Gazastreifen eingeführt werden können, und die belastenden Importkosten für Versorgungsgüter des Hilfswerks zu verringern, und gleichzeitig Kenntnis nehmend von den jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf das von den Vereinten Nationen vermittelte Dreiparteien-Übereinkommen,

*mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis* über den gravierenden Mangel an Klassenräumen im Gazastreifen und die sich daraus ergebende Beeinträchtigung des Rechts von Flüchtlingskindern auf Bildung,

<sup>8</sup> S/2015/286, Anlage.

<sup>9</sup> Siehe A/HRC/29/52.

*betonend*, dass es dringend geboten ist, den Wiederaufbau im Gazastreifen voranzutreiben, namentlich indem die rechtzeitige Förderung von Bauprojekten sichergestellt und die rasche Einfuhr der erforderlichen Baumaterialien für die von dem Hilfswerk verwalteten Projekte fortgesetzt wird, und dass weitere dringende, von den Vereinten Nationen geleitete Maßnahmen des zivilen Wiederaufbaus beschleunigt durchgeführt werden müssen,

*unter Begrüßung* der Beiträge zu den Nothilfeappellen des Hilfswerks für den Gazastreifen im Anschluss an die Militäroperationen im Juli und August 2014 und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die internationale Gemeinschaft zur fortgesetzten Unterstützung, im Einklang mit dem strategischen Maßnahmenplan des Hilfswerks,

*sowie unter Begrüßung* der Einberufung der Internationalen Konferenz von Kairo über Palästina: Der Wiederaufbau Gazas am 12. Oktober 2014 und nachdrücklich zur raschen und vollständigen Auszahlung der zugesagten Mittel auffordernd, mit dem Ziel, die Bereitstellung humanitärer Hilfe und den Wiederaufbauprozess zu beschleunigen,

*betonend*, dass die Lage im Gazastreifen unhaltbar ist und dass eine dauerhafte Waffenruhevereinbarung zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes im Gazastreifen, einschließlich durch die anhaltende und regelmäßige Öffnung von Übergangsstellen, führen und die Sicherheit und das Wohlergehen der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten gewährleisten muss,

*bekräftigend*, dass es notwendig ist, die palästinensische Regierung des nationalen Konsenses bei der Übernahme der vollen Regierungsverantwortung sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen in allen Bereichen sowie durch ihre Präsenz an den Übergangsstellen Gazas zu unterstützen,

*mit Anerkennung Kenntnis nehmend* von den Fortschritten, die beim Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Nahr el-Bared erzielt wurden, in Würdigung der anhaltenden Anstrengungen, die von der Regierung Libanons, den Gebern, dem Hilfswerk und den sonstigen beteiligten Parteien zur Unterstützung der betroffenen und vertriebenen Flüchtlinge unternommen werden, und unterstreichend, dass zusätzliche Finanzmittel benötigt werden, um den Wiederaufbau des Lagers abzuschließen und die Vertreibung Tausender Bewohner, deren Unterkünfte noch nicht wiederaufgebaut wurden, aus dem Lager unverzüglich zu beenden,

*mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis* über die kritische Lage der Palästinaflüchtlinge in der Arabischen Republik Syrien und über die Auswirkungen der Krise auf die Fähigkeit des Hilfswerks, seine Dienste zu erbringen, und zutiefst bedauernd, dass im Laufe der Krise seit 2012 Flüchtlinge ums Leben kamen und 14 Mitarbeiter des Hilfswerks getötet wurden,

*unter Betonung der Notwendigkeit*, den Palästinaflüchtlingen in der Arabischen Republik Syrien sowie denjenigen, die in Nachbarländer geflohen sind, verstärkte Hilfe zu gewähren, und betonend, dass offene Grenzen für Palästinaflüchtlinge, die vor der Krise in der Arabischen Republik Syrien fliehen, gewährleistet sein müssen, im Einklang mit den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung und der Nichtzurückweisung nach dem Völkerrecht, und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 2. Oktober 2013<sup>10</sup>,

*im Bewusstsein* der wertvollen Arbeit, die das Hilfswerk dabei leistet, dem palästinensischen Volk, insbesondere den Palästinaflüchtlingen, Schutz zu gewähren, und unter Hinweis auf die Notwendigkeit des Schutzes aller Zivilpersonen in Situationen bewaffneter Konflikte,

<sup>10</sup> S/PRST/2013/15; siehe *Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats, 1. August 2013–31. Juli 2014* (S/INF/69).

*beklagend*, dass während des im Bericht des Generalkommissars erfassten Zeitraums die Sicherheit der Mitarbeiter des Hilfswerks gefährdet wurde und Schäden und Zerstörungen an den Einrichtungen und dem Eigentum des Hilfswerks angerichtet wurden, und betonend, dass die Neutralität der Räumlichkeiten, Einrichtungen und Ausrüstungen der Vereinten Nationen jederzeit gewahrt und ihre Unverletzlichkeit stets gesichert werden muss,

*sowie beklagend*, dass gegen die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen verstoßen wurde, dass die Immunität des Vermögens und der Guthaben der Organisation gegenüber jeder Form des Eingriffs nicht gewahrt wurde und dass die Mitarbeiter, die Räumlichkeiten und das Eigentum der Vereinten Nationen nicht geschützt wurden,

*ferner beklagend*, dass in dem besetzten palästinensischen Gebiet seit September 2000 mehrere Mitarbeiter des Hilfswerks von den israelischen Besatzungstruppen getötet und verletzt wurden, darunter die 11 Mitarbeiter des Hilfswerks, die während der Militäroperationen im Gazastreifen im Juli und August 2014 getötet wurden,

*beklagend*, dass während der Militäroperationen im Juli und August 2014 Flüchtlingskinder und -frauen, die in den Schulen des Hilfswerks Zuflucht suchten, von den israelischen Besatzungstruppen getötet und verwundet wurden,

*bekräftigend*, dass alle Seiten für Rechenschaftspflicht sorgen und die Opfer von Verstößen gegen das Völkerrecht im Einklang mit den internationalen Standards entschädigen müssen,

*tief besorgt* über die anhaltenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs des Personals, der Fahrzeuge und der Güter des Hilfswerks sowie die Verletzung, Drangsalierung und Einschüchterung seines Personals, die die Tätigkeit des Hilfswerks untergraben und behindern, namentlich seine Fähigkeit, unverzichtbare Grund- und Nothilfedienste zu erbringen,

*unter Hinweis* auf die Erklärung vom 15. Juli 1999 und die am 5. Dezember 2001 und am 17. Dezember 2014 verabschiedeten Erklärungen<sup>11</sup> der Konferenz der Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens, insbesondere die Aufforderung an die Parteien, die Tätigkeit des Hilfswerks zu erleichtern, seinen Schutz zu garantieren und von der Erhebung von Steuern und der Auferlegung ungebührlicher finanzieller Belastungen abzu-  
sehen,

*im Bewusstsein* des Abkommens zwischen dem Hilfswerk und der Regierung Israels,

*Kenntnis nehmend* von dem am 24. Juni 1994 erzielten Abkommen, das in dem Schriftwechsel zwischen dem Hilfswerk und der Palästinensischen Befreiungsorganisation<sup>12</sup> enthalten ist,

1. *bekräftigt*, dass die wirksame Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten in allen Einsatzgebieten auch in Zukunft unverzichtbar sein wird;

2. *dankt* dem Generalkommissar des Hilfswerks sowie allen Mitarbeitern des Hilfswerks für ihre unermüdlichen Anstrengungen und ihre wertvolle Arbeit, insbesondere angesichts der schwierigen Bedingungen, der Instabilität und der Krisen im vergangenen Jahr;

3. *spricht* dem Hilfswerk *ihre besondere Anerkennung* für die unverzichtbare Rolle aus, die es in den mehr als 65 Jahren seines Bestehens bei der Bereitstellung grundlegender Dienste für das Wohlergehen, die menschliche Entwicklung und den Schutz der Palästinaflüchtlinge und der Linderung ihrer Not übernommen hat;

<sup>11</sup> A/69/711-S/2015/1, Anlage.

<sup>12</sup> *Official Records of the General Assembly, Forty-ninth Session, Supplement No. 13 (A/49/13), Anhang I.*

4. *lobt* die außerordentlichen Anstrengungen, die das Hilfswerk in Zusammenarbeit mit anderen am Ort tätigen Einrichtungen der Vereinten Nationen unternommen hat, um den Flüchtlingen und betroffenen Zivilpersonen während der Militäroperationen im Gazastreifen im Juli und August 2014 humanitäre Nothilfe, einschließlich Unterkünften, Nahrungsmittelhilfe und medizinischer Hilfe, bereitzustellen, und würdigt seine vorbildliche Mobilisierungskraft in Notsituationen, während es seine Kernprogramme für menschliche Entwicklung weiter durchführte;

5. *dankt* den Gastregierungen für die wichtige Unterstützung und Zusammenarbeit, die sie dem Hilfswerk bei der Erfüllung seiner Aufgaben gewähren;

6. *dankt außerdem* dem Beirat des Hilfswerks und ersucht ihn, seine Bemühungen fortzusetzen und die Generalversammlung über seine Aktivitäten unterrichtet zu halten;

7. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von dem Bericht der Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten<sup>13</sup> und von den Bemühungen, zur Gewährleistung der finanziellen Sicherheit des Hilfswerks beizutragen, und ersucht den Generalsekretär, der Arbeitsgruppe die für die Durchführung ihrer Arbeit erforderlichen Dienstleistungen und Hilfen zur Verfügung zu stellen;

8. *lobt* das Hilfswerk für seine auf sechs Jahre angelegte mittelfristige Strategie für 2016-2021 und den Generalkommissar für seine anhaltenden Anstrengungen zur Erhöhung der Haushaltstransparenz und der Effizienz des Hilfswerks, die sich im Programmhauhaltsplan des Hilfswerks für den Zweijahreszeitraum 2016-2017<sup>14</sup> niederschlagen;

9. *lobt* das Hilfswerk *außerdem* dafür, dass es seine Reformmaßnahmen trotz schwieriger Einsatzbedingungen fortgeführt hat, und fordert es nachdrücklich auf, weiter möglichst effiziente Verfahren anzuwenden, um die Betriebs- und Verwaltungskosten zu senken und die Ressourcen bestmöglich einzusetzen;

10. *nimmt Kenntnis* von dem Sonderbericht des Generalkommissars über die ernste finanzielle Krise des Hilfswerks<sup>3</sup>, der gemäß Ziffer 21 der Resolution 302 (IV) der Generalversammlung vorgelegt und am 4. August 2015 vom Generalsekretär übermittelt wurde, und fordert alle Staaten und internationalen Organisationen nachdrücklich auf, aktiv an den Bemühungen mitzuwirken, den darin enthaltenen Schlussfolgerungen und Vorschlägen Rechnung zu tragen;

11. *würdigt* das Hilfswerk für seine weitreichenden Maßnahmen zur Bewältigung seiner derzeitigen finanziellen Krise und legt dem Hilfswerk nahe, weitere Schritte zur Verringerung des Defizits seines Hauptfonds zu unternehmen, damit seine Dienste gesichert sind, in deren Rahmen es derzeit 500.000 Kindern eine Grundbildung bietet, für mehr als 3 Millionen Menschen eine primäre Gesundheitsversorgung bereitstellt und 1,5 Millionen der verwundbarsten Palästinaflüchtlinge Hilfe leistet;

12. *fordert* alle Geber und maßgeblichen Interessenträger *auf*, das Hilfswerk zu unterstützen, um eine tragfähige und stabile Finanzlage des Hilfswerks zu gewährleisten und so die Kernprogramme zu erhalten, bis die Frage der Palästinaflüchtlinge gerecht gelöst ist;

13. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs über die Stärkung der Managementkapazität des Hilfswerks<sup>15</sup> und fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die darin enthaltenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sorgfältig

<sup>13</sup> A/70/379.

<sup>14</sup> *Official Records of the General Assembly, Seventieth Session, Supplement No. 13A (A/70/13/Add.1).*

<sup>15</sup> A/65/705.

zu prüfen, darunter die weitere Bereitstellung finanzieller Mittel aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen;

14. *unterstützt* die Bemühungen des Generalkommissars, Personen in dem Gebiet, die infolge der jüngsten Krisen in den Einsatzgebieten des Hilfswerks zu Binnenvertriebenen geworden sind und dringend fortlaufende Hilfe benötigen, als zeitweilige Notstandsmaßnahmen im Rahmen des praktisch Möglichen auch weiterhin humanitäre Hilfe zu gewähren;

15. *legt* dem Hilfswerk *nahe*, den betroffenen Palästinaflüchtlingen in der Arabischen Republik Syrien sowie denjenigen, die in Nachbarländer geflohen sind, im Einklang mit seinem Mandat verstärkte Hilfe zu gewähren, wie in den regionalen Krisenplänen zur Situation in Syrien im Einzelnen dargelegt, und fordert die Geber auf, in dieser Hinsicht dringend dafür zu sorgen, dass das Hilfswerk angesichts der anhaltenden starken Verschlechterung der Lage und der zunehmenden Bedürfnisse der Flüchtlinge anhaltende Unterstützung erhält;

16. *begrüßt* die Fortschritte, die das Hilfswerk beim Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Nahr el-Bared im nördlichen Libanon bisher erzielt hat, und bittet um Gebermittel, um den Wiederaufbau zügig abzuschließen, den infolge der Zerstörung des Lagers im Jahr 2007 Vertriebenen fortlaufende Hilfe zu gewähren und ihr anhaltendes Leid zu lindern, indem die notwendige Unterstützung und finanzielle Hilfe bis zum Abschluss des Wiederaufbaus des Lagers bereitgestellt werden;

17. *legt* dem Hilfswerk *nahe*, in enger Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen weitere Fortschritte im Hinblick darauf zu erzielen, bei seiner Tätigkeit den Bedürfnissen, den Rechten und dem Schutz von Kindern, Frauen und Menschen mit Behinderungen Rechnung zu tragen, insbesondere auch durch die Bereitstellung der notwendigen psychosozialen und humanitären Unterstützung, im Einklang mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes<sup>16</sup>, dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>17</sup> und dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen<sup>18</sup>;

18. *ist sich* der akuten Schutzbedürfnisse der Palästinaflüchtlinge in der gesamten Region *bewusst* und bestärkt das Hilfswerk in seinen Anstrengungen, zu koordinierten und dauerhaften Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht beizutragen;

19. *würdigt* in dieser Hinsicht, dass das Hilfswerk humanitäre und psychosoziale Unterstützung sowie andere Initiativen bereitstellt, in deren Rahmen während des Sommers, auch im Gazastreifen, Freizeit-, Kultur- und Bildungsaktivitäten für Kinder angeboten werden, fordert in Anerkennung ihres positiven Beitrags die uneingeschränkte Unterstützung solcher Initiativen durch die Geber- und die Aufnahmeländer und spricht sich für den Aufbau und die Stärkung von Partnerschaften aus, um die Bereitstellung dieser Dienste zu erleichtern und zu fördern;

20. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, die Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten<sup>6</sup> in vollem Umfang einzuhalten;

21. *fordert* Israel *außerdem auf*, sich zur Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter des Hilfswerks, des Schutzes seiner Institutionen sowie der Sicherung seiner Ein-

<sup>16</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1992 II S. 121; LGBl. 1996 Nr. 163; öBGBI. Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

<sup>17</sup> Ebd., Vol. 1249, Nr. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1985 II S. 647; LGBl. 1996 Nr. 164; öBGBI. Nr. 443/1982; AS 1999 1579.

<sup>18</sup> Ebd., Vol. 2515, Nr. 44910. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2008 II S. 1419; öBGBI. III Nr. 155/2008; AS 2014 1119.

richtungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jeruselems, jederzeit an die Artikel 100, 104 und 105 der Charta der Vereinten Nationen und an das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen<sup>4</sup> zu halten;

22. *nimmt Kenntnis* von den Untersuchungen der die Einrichtungen des Hilfswerks betreffenden Vorfälle während des Konflikts im Gazastreifen im Juli und August 2014 und fordert die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für alle Verstöße gegen das Völkerrecht;

23. *fordert* die Regierung Israels *nachdrücklich auf*, dem Hilfswerk alle Transitgebühren und sonstigen finanziellen Verluste, die ihm durch die von Israel auferlegten Verzögerungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs entstanden sind, zügig zurückzuerstatten;

24. *fordert* Israel *auf*, insbesondere die Behinderung der Bewegungsfreiheit und des Zugangs der Mitarbeiter, Fahrzeuge und Versorgungslieferungen des Hilfswerks und die Erhebung von Steuern, zusätzlichen Gebühren und Abgaben, die nachteilige Auswirkungen auf die Tätigkeit des Hilfswerks haben, zu beenden;

25. *fordert* Israel *erneut auf*, die Einschränkungen, die die Einfuhr der notwendigen Baumaterialien und Versorgungsgüter für den Wiederaufbau und die Instandsetzung Tausender beschädigter oder zerstörter Flüchtlingsunterkünfte und für die Durchführung ausgesetzter und dringend benötigter ziviler Infrastrukturprojekte in den Flüchtlingslagern im Gazastreifen behindern oder verzögern, vollständig aufzuheben;

26. *ersucht* den Generalkommissar, die Ausstellung von Personalausweisen an Palästinaflüchtlinge und deren Nachkommen im besetzten palästinensischen Gebiet fortzusetzen;

27. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von dem positiven Beitrag der Programme des Hilfswerks für Mikrofinanzierung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen, befürwortet Anstrengungen zur Steigerung der Nachhaltigkeit und des Nutzens der Mikrofinanzierungsdienste für eine größere Zahl von Palästinaflüchtlingen, insbesondere in Anbetracht der unter ihnen und insbesondere den jungen Menschen herrschenden hohen Arbeitslosigkeit, und fordert das Hilfswerk auf, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Organisationen auch künftig zur Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Stabilität für die Palästinaflüchtlinge in allen Einsatzgebieten beizutragen;

28. *wiederholt ihre Appelle* an alle Staaten, die Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen, weiterhin und verstärkt Beiträge zum ordentlichen Haushalt des Hilfswerks zu leisten, ihre Sondermittel für Zuschüsse und Stipendien für die Hochschulbildung von Palästinaflüchtlingen zu erhöhen und zur Schaffung von Berufsausbildungszentren für Palästinaflüchtlinge beizutragen, und ersucht das Hilfswerk, als Empfänger und Treuhänder der für Zuschüsse und Stipendien veranschlagten Sondermittel zu fungieren;

29. *fordert* alle Staaten, die Sonderorganisationen und die nichtstaatlichen Organisationen *nachdrücklich auf*, die wertvolle und notwendige Arbeit des Hilfswerks auf dem Gebiet der Hilfe für die Palästinaflüchtlinge in allen Einsatzgebieten zu unterstützen, indem sie ihre Beiträge für das Hilfswerk leisten oder erhöhen, um so die gravierenden finanziellen Schwierigkeiten und die Unterfinanzierung in Bezug auf seinen ordentlichen Haushalt anzugehen, in Anbetracht dessen, dass der Finanzbedarf aufgrund der Konflikte und der Instabilität in der letzten Zeit und der sich verschlechternden humanitären Lage vor Ort noch gestiegen ist;

30. *fordert* in dieser Hinsicht die volle und rasche Finanzierung der Notstands-, Wiederherstellungs- und Wiederaufbauprogramme des Hilfswerks, wie in seinen Nothilfepapieren und Maßnahmenplänen vorgesehen, durch die Geber;



31. *fordert* das Hilfswerk *nachdrücklich auf*, weiter innovative und breit gefächerte Möglichkeiten zur Mobilisierung von Ressourcen zu sondieren, auch über Partnerschaften mit internationalen Finanzinstitutionen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

*70. Plenarsitzung  
9. Dezember 2015*

---